



Müll sammeln in Pune

Für viele gehört das Einsammeln von Müll zu den entwürdigendsten Arbeiten überhaupt. Für Millionen von Menschen ist es die einzige Möglichkeit, zu einem bescheidenen Einkommen zu gelangen. Ihre Tätigkeit ist zumeist informell und unterbezahlt. Der Journalist Rainer Horig hat sich den Alltag von MüllsammelInnen in der Stadt Pune, Indien, genauer angeschaut.

Tag für Tag schleppt sie ihren Sack kilometerweit durch die Straßen der Großstadt. Mit den Augen einer Jägerin sucht die zierliche Frau Straßengräben, Müllcontainer und Hinterhöfe nach verwertbaren Abfällen ab. Glasflaschen, Plastikkanister und Zeitungsröste wandern in ihren schmutzigen Plastiksack. Dabei ist sie stets auf der Hut vor korrupten Polizisten, die Schmiergeld fordern. „Hin und wieder verletze ich mich an Glassplittern oder Rasierklingen“, klagt die Mittvierzigerin. „Am gefährlichsten ist die Arbeit wäh-

rend der Regenzeit, wenn alles glitschig wird und die Krankheitserreger in den Müllhaufen gedeihen. Es stinkt, dass es einem übel wird.“

Mainabai Narwade ist Müllsammelrin, eine von etwa 7.000 in der Dreimillionen-Stadt Pune, 125 Kilometer südöstlich von Mumbai (Bombay) im Dekkhan-Hochland. In ganz Indien sind schätzungsweise 1,5 Mio. Menschen gezwungen, auf diese Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Über 90 Prozent sind Frauen, fast alle gehören der Gemeinschaft der Dalits an („die Gebrochenen“), wie sich die Unberührbaren heute nennen. In einem Land, das weder Sozialhilfe noch Arbeitslosenversicherung kennt, stellt das Müllsammeln die letzte Rettung vor dem Verhungern dar.

Mainabai etwa wurde in Folge einer Naturkatastrophe Müllsammelrin: „Ursprünglich stamme ich aus einem kleinen Dorf, über 500 Kilometer östlich von hier“, erklärt sie redegewandt. „Während der schrecklichen Dürre von 1972 verloren wir unser Land und flohen nach Pune in der Hoffnung, hier unser Glück zu finden.“

Für Mainabai und ihre Kolleginnen liegt das „Glück“ buchstäblich auf der Straße. Der durchschnittliche Tagesverdienst beträgt 75 Rupien, umgerechnet etwas mehr als ein Euro. Aber frau muss früh aufstehen, denn wer als erste kommt, findet die besten Stücke. Vom frühen Morgen an streifen sie durch die Stadt, mittags sortieren sie ihre Beute und liefern sie beim Schrotthändler ab. Erst am Nachmittag kehren die Müllsammelrinnen heim, wo schreiende Kinder und hungrige Ehemänner warten. „Wir wohnen in einem Slum nicht weit von hier“, berichtet Mainabai. „Mit der Familie meiner Schwester teilen wir eine drei mal drei Meter große Wellblechhütte. Insgesamt sind wir zehn Personen. Der Slum hat Gemeinschaftstoiletten und Stromanschluss. Wir besitzen auch einen Schwarzweiß-Fernseher.“ Stolz blitzt aus ihren Augen.

In jeder indischen Stadt sind MüllsammelInnen unterwegs – ausgemergelte, zerzauste Gestalten, die von den meisten gemieden werden. „Viele Menschen empfinden zwar Mitleid angesichts ihrer erbärmlichen Lebensbedingungen,

Foto: Rainer Horig



Pune: Hausmüll wird von der städtischen Müllabfuhr in offenen Lastwagen abtransportiert. Vorher waren MüllsammlerInnen unterwegs, die täglich stundenlang stinkende Abfallhaufen nach verwertbarem Material durchwühlen und große Lasten schleppen müssen.

aber kaum jemand fühlt sich für ihr Los verantwortlich“, konstatiert die Hochschullehrerin Laxmi Narayan, die MüllsammlerInnen in Pune dabei unterstützt, sich zu organisieren. „Sie entsorgen täglich 150 Tonnen Abfall in dieser Stadt, das macht ein Sechstel des gesamten Abfallberges aus. Sie helfen somit der Stadtverwaltung, Kosten zu sparen. Außerdem führen sie der Recycling-Industrie Rohstoffe zu und halten die Stadt sauber. Un-

sich den stinkenden Müll vom Hals, indem sie ihn in riesigen Gruben, meist außerhalb der Stadtgrenzen, deponieren. Aber mit steigendem Wohlstand wächst auch der Abfallberg und vielerorts nähern sich die Deponien ihren Kapazitätsgrenzen. Erst langsam greift ein Bewusstsein um sich, dass der Müll auch Rohstoffquelle ist.

Dem weltweiten Trend zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen fol-

nen, denen ihre Rohstoffbasis entzogen wird. Aber im Kalkül von MinisterInnen und leitenden BürokratInnen spielt diese kleine, versprengte Randgruppe keine Rolle. AktivistInnen haben daher die Notwendigkeit erkannt, dass sich MüllsammlerInnen organisieren und dass ihnen eine Stimme verliehen wird.

In ganz Indien sind schätzungsweise 1,5 Mio. Menschen gezwungen, mit Müllsammeln ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

glücklicherweise werden ihre Dienste jedoch nicht anerkannt, weder von der Mehrzahl der Bürger und Bürgerinnen, noch von der Verwaltung.“

Wilde Abfallhalden, überquellende Container, offene Abwasserkanäle – Indiens Städte sind kein Vorbild in puncto Sauberkeit. Viele BürgerInnen klagen, die städtischen Müllabfuhr seien korrupt und ineffizient. Eine Verbrennung des Hausmülls erscheint wegen des hohen Anteils nassen, bio-organischen Mülls nicht lohnend. Die Städte schaffen

gend versucht die indische Regierung, die Probleme in der Abfallwirtschaft durch „Outsourcing“ zu lösen. In den meisten Metropolen des Landes haben Privatfirmen Teilbereiche der Abfallsorgung übernommen. Ihre Arbeiter holen den Müll direkt an der Haustür ab, sortieren ihn und führen die Wertstoffe der Recyclingindustrie zu. Die Erfahrungen sind bislang ermutigend. Die betroffenen Stadtteile seien sauberer geworden und die Kosten für die Müllabfuhr gering geblieben, wird argumentiert. Aber es gibt große Verlierer: die Müllsammle-

In Pune haben sich rund 5.000 Müllsammle- rInnen in der Gewerkschaft Kaggad Kach Patra Kashtakari Panchayat, kurz KKKPKP zusammengeschlossen. Der „Arbeiterrat für Papier, Glas und Blech“ kämpft seit 1993 für die Anerkennung und die Existenzsicherung von Müllsammle- rInnen. Ihrer Forderung nach Registrierung und Autorisierung durch die Ausgabe von Ausweisen verliehen sie 1996 mit einer Menschenkette um das Rathaus Nachdruck. Der Protest hatte Erfolg. Heute besitzen alle Müllsamme- rInnen in Pune einen Ausweis, der sie zum Sammeln berechtigt. Zusammen mit der Stadtverwaltung hat die Gewerkschaft das Beschäftigungsprogramm „swachateche warkari“ für Müllsamme- rInnen entwickelt, das seit Januar 2005 in einigen Stadtteilen erfolgreich praktiziert wird. Laxmi Narayan, die KKKPKP leitet, ▶



Müllsammelnerinnen bringen ihre „Beute“ zum Schrotthändler. Er bezahlt sie nach Gewicht und Art der Wertstoffe. In seiner Lagerhalle sortieren Arbeiterinnen Abfälle.



Die Städte schaffen sich den stinkenden Müll vom Hals, indem sie ihn in riesigen Gruben, meist außerhalb der Stadtgrenzen deponieren.

erläutert, was es mit den „Sauberkeitspilgern“ auf sich hat: „Autorisierte Müllsammelner holen den Abfall an der Haustür ab, trennen organischen vom trockenen Müll und verkaufen die Wertstoffe. Die Haushalte zahlen für diesen Dienst eine Monatsgebühr von 5 Rupien (umgerechnet 10 Cent). Die Müllsammelner haben dadurch bessere Arbeitsbedingungen und ein sicheres Einkommen.“

Zur Zeit arbeiten 1.000 MüllsammelnerInnen als „Sauberkeitspilger“ und entsorgen Glas, Papier und Blech für rund 200.000 Haushalte in Pune. Auch Mainabai trat vor kurzem der Gewerkschaft bei und ist von dem Programm begeistert: „Heute werden wir längst nicht mehr so schmutzig, und es wird uns nicht mehr übel beim Arbeiten. Wir genießen jetzt einen Status als Arbeiterinnen. Früher gab es zwar wertvollere Stücke zu entsorgen, aber die Abgabe durch die Haushalte gleicht den Verlust aus. Auf jeden Fall ist die Arbeit leichter und besser geworden.“

Die Gewerkschaft KKKPK will das Programm auf die ganze Stadt auswei-

ten. In Zukunft, so das Kalkül, wird die Abfallentsorgung von einer Mischung aus privaten und öffentlichen Firmen dominiert sein. Die Gewerkschaft will sicherstellen, dass die MüllsammelnerInnen in dieser Konstellation einen festen Platz einnehmen. Laxmi Narayan: „Wir fordern die Integration von MüllsammelnerInnen in die formale Abfallwirtschaft etwa durch eine Lizenzvergabe an Einzelne oder Kooperativen. Die Müllsammelner müssen bei der Privatisierung bevorzugt berücksichtigt werden.“

Rainer Hörig lebt als freier Journalist in Pune, Indien.

LESETIPP

Schwerpunktheft „Informelle Wirtschaft“ (Frauensolidarität Nr. 97, Heft 3/06) mit Beiträgen zu Hausarbeit, Heimarbeit und Gewerkschaftsinitiativen in Europa und Asien, zu chinesischen Arbeitsmigrantinnen und zu Solidarökonomie in aller Welt aus feministischer Sicht. Vierteljährlicher E-Mail-Newsletter im Rahmen des Projekts „Arbeitsrechte für Frauen in der informellen Wirtschaft!“

Bestellung und Kontakt: www.frauensolidaritaet.org, iwprojekt@frauensolidaritaet.org, Tel. 01/317 40 20-0

Prostitution liegt bei uns in Österreich in einem Graubereich zwischen formeller und informeller Wirtschaft. Die Gesellschaft hat wohl kein Interesse, diese Art von Dienstleistung formeller und damit sichtbarer zu machen. Eva van Rahden ist Projektleiterin von SOPHIE-Bildungsraum, der Beratungsstelle für Prostituierte in Wien. Südwind-Mitarbeiterin Brigitte Pilz hat mit ihr gesprochen.

Südwind: Wenn man informelle Beschäftigungsverhältnisse als „ungeregelt und unterbezahlt“ definiert, wie brauchbar ist ein solches Konzept für Prostitution in Österreich?

van Rahden: Diese Definition passt für den Bereich Prostitution nur sehr bedingt. Sie geschieht bei uns vor allem in einem Graubereich. Formell ist die Arbeit in gewisser Weise dort, wo Prostituierte sich bei der Polizei registrieren lassen. Danach sind wöchentliche Gesundheitsuntersuchungen vorgeschrieben. Eine Unsicherheit kommt hinzu, weil ein Vertrag zwischen einem Freier und einer Prostituierten – bestätigt durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes – als sittenwidrig gilt. Das heißt, Vereinbarungen können bei Nichtbezahlung gar nicht eingeklagt werden.

Und wie sieht es bei Arbeits- und Steuerrecht und bei der Sozialversicherung aus?

Sexarbeiterinnen können in Österreich nicht Angestellte sein, weil dies als „Ausbeutung durch Prostitution“ gewertet würde, was verboten ist. Sie gehören also zu den neuen Selbständigen, müssen sich selbst krankenversichern, verschwindend wenige sind pensionsversichert. Das Risiko einer Arbeitsunfähigkeit liegt ganz bei ihnen. Sie müssen Einkommensteuer bezahlen, wobei die Höhe der Einnahmen vom Finanzamt sehr oft geschätzt wird – meist zu hoch, ein Nachweis ist ja ohne schriftliche Verträge oder Zahlungsquittungen schwer möglich.

Das alles ergibt ziemliche Unsicherheiten.

Ja, noch andere kommen hinzu. In Wien sind 150 Meter Schutzzonen um Schulen, Krankenhäuser, Kirchen etc. festgelegt, innerhalb derer der Straßenstrich verboten ist. Im 15. Bezirk etwa, einer Gegend mit traditionell ausgedehntem Straßenstrich, bleiben offiziell dafür quasi nur ein paar Schienen der ÖBB übrig. Die Prostituierten bahnen ihre Geschäfte also häufig im verbotenen Raum an. In Wien dürfen sie in genehmigten Bordellen ihrer Tätigkeit nachgehen. Eigentlich auch in Vorarlberg, nur wurde dort bisher keine einzige Betriebs-

Fotos: Rainer Hörig, Brigitte Pilz, Jasmin